

1129/AB XXI.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Dietachmayr und Genossen haben am 7.7.2000 an mich unter der **Nr. 1056/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „**Sparpakete 2001 bis 2003**“ gestellt.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Einleitend ist festzuhalten, daß zum derzeitigen Zeitpunkt noch keine Richtlinien des Bundesministers für Finanzen hinsichtlich der Vorgaben für die Erstellung des Budgets 2003 vorliegen, sodaß mir die konkreten finanziellen Auswirkungen in dem von Ihnen angesprochenen Zeitraum für mein Ressort noch nicht bekannt sind. Hinsichtlich der Jahre 2001 und 2002 liegen mir zwar seit kurzem die Richtlinien des Bundesministers für Finanzen vor, konkrete Maßnahmen zur Erreichung der Zielvorgaben werden derzeit erst ausgearbeitet. Ich bitte daher unter den gegebenen Umständen um Verständnis, daß mir eine konkrete Beantwortung der von Ihnen gestellten Fragen gegenwärtig nicht möglich ist. Im übrigen darf ich auf die noch

ausstehenden Gespräche mit dem Bundesminister für Finanzen über die Budgets 2001 und 2002 verweisen.

Die Bundesregierung hat es sich zum Ziel gesetzt, möglichst rasch ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Um eine nachhaltige Konsolidierung des Bundeshaushalts zu erreichen, werden auch durch mein Ressort entsprechende Konsolidierungsbeiträge zu leisten sein. Im Lichte dieser Perspektiven werden daher auch in meinem Ressort eine Reihe von Maßnahmen bzw. strukturelle Reformen mit dem Ziel umzusetzen sein, mittel - und langfristig eine Budgetentlastung zu erreichen, ohne daß dadurch eine Verschlechterung der Leistungen eintritt. Insbesondere im Bereich der Sicherheitsexekutive werden alle Anstrengungen unternommen, um die an die Exekutive gestellten Aufgaben weiterhin im bestmöglichen Ausmaß erfüllen zu können.

Beispielhaft wird erwähnt, daß derzeit schon konkrete Gespräche laufen, den Bereich Flugrettung an einen privaten Betreiber abzugeben. Weiters wurden bzw. werden noch Maßnahmen gesetzt, den Bereich Zivildienst neu zu organisieren, um den Weiterbestand dieses für die Gesellschaft sehr wichtigen Bereiches zu sichern. Darüberhinaus werden die Möglichkeiten einer Übertragung der Überwachung des ruhenden Verkehrs auf Gemeinden überprüft. Ebenso wird die Reform der exekutiven Wachkörper und ihres Dienstrechtes im Sinne des best - practice - Prinzips vorangetrieben. Im Entwurf einer Novelle zum Meldegesetz 1991 ist die Übertragung der meldebehördlichen Funktion von den Bundespolizeibehörden auf die Gemeinden enthalten. Von Wichtigkeit ist jedenfalls, daß alle zu setzenden Maßnahmen einen optimalen Ressourceneinsatz gewährleisten.

Aus diesen wenigen Beispielen ist erkennbar, daß seitens des Innenressorts alle Anstrengungen unternommen werden, um das notwendige Sparziel der Bundesregierung zu erreichen, ohne jedoch die Qualität der Dienstleistungen an den Bürger zu beeinträchtigen.